



ifa-Podcast „Die Kulturmittler“

Episode #42: Wie geht Frieden? Mit Hans-Joachim Gießmann

Intro, O-Ton Hans-Joachim Gießmann: „Für mich ist Frieden so zu halten schon selbst eine kulturelle Leistung. Was ich aber bedauerlich finde ist, dass wir sehr viel mehr wissen über Kriegsursachen als über Friedensursachen. Also warum Menschen Frieden halten. Und das Denken darüber muss glaube ich bei uns selbst beginnen, bevor solche internationalen Kulturbeziehungen auch entwickelt werden.“

Opener „Die Kulturmittler“

Amelie Berboth: „Hallo und willkommen bei „Die Kulturmittler“, dem Podcast des ifa zu Außenkulturpolitik. Ich bin Amelie Berboth.

Krisen wie der Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie, die bevorstehende Hungersnot in Ostafrika und die Flutkatastrophe in Pakistan zeigen: Nicht nur Waffen, auch Gesundheit und das Klima können die Sicherheit von Menschen gefährden. Es braucht also eine gute und ganzheitliche Friedens- und Sicherheitspolitik. Aber wie gelingt das?

Darüber möchte ich in dieser Folge mit Hans-Joachim Gießmann sprechen. Wer er ist, erzählt er am besten selbst.“

Hans-Joachim Gießmann: „Mein Name ist Hans-Joachim Gießmann. Ich bin emeritierter Direktor der Berghof Stiftung in Berlin, einer Nichtregierungsorganisation. Mein Hintergrund ist Friedens- und Konflikt-forschung seit fast 40 Jahren und ich bin im Übrigen auch Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für die Aufarbeitung des Afghanistan Einsatzes und die Zukunft vernetzter Sicherheit.“

Musikbett

Amelie Berboth: „Außerdem ist Hans-Joachim Gießmann Hauptverantwortliches Mitglied des Beirats für Zivile Krisenprävention beim Auswärtigen Amt für den Berlin Peace Dialogue 2022. Ich habe ihn gefragt, was die heutige Friedens- und Sicherheitspolitik ausmacht und wie sie sich verändert hat.“

Hans-Joachim Gießmann: „Sie ist viel komplexer geworden. Die Zusammenhänge von Krisen sind viel stärker geworden. Es wird von Krisen-Landschaften beispielsweise gesprochen. Sie sind systemischer. Das heißt also, die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Krisen haben zugenommen. Wir wissen heute auch viel mehr über die Konsequenzen dieser systemischen Krisen. Also es ist alles viel transparenter geworden. Wir können durch die sozialen Medien quasi in Echtzeit nachverfolgen, was weltweit geschieht und was die Konsequenzen sind. Und das hat auch zur Folge, dass die Friedens- und Sicherheitspolitik kommunikativer geworden ist. Das heißt, sie muss um Unterstützung werben, kann aber auch Politiken anderer unterminieren. Sie ist eine Politik, die sich auf mehreren Ebenen gleichzeitig vollzieht und auch das Zusammenwirken von staatlichen und gesellschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren viel stärker erfordert, als das in der Vergangenheit der Fall war.“

Amelie Berboth: „Im heutigen Diskurs zur Friedens- und Sicherheitspolitik fallen auch häufig die Begriffe „Human Security“ und „zivile Krisenprävention“. Was versteckt sich denn hinter diesen Begriffen und was genau umfassen sie?“

Hans-Joachim Gießmann: „Also „Human Security“ oder menschliche Sicherheit ist als Konzept erstmals aufgetaucht nach dem Ende des Kalten Krieges, des Ost West Konflikts, mit der Zielsetzung, anstelle der Sicherheit von Staaten die Sicherheit von Menschen, von Individuen in den Vordergrund zu rücken. Es gab damals zwei verschiedene Ansätze: einen kanadischen und einen japanischen Ansatz. Der kanadische Ansatz war die Freiheit von Furcht bzw. von Gewalt. Der japanische Ansatz war frei von Sorgen, also zum Beispiel Freiheit von Armut. Beiden gemeinsam war aber das, dass der Mensch sozusagen in den

Mittelpunkt gestellt werden sollte. Und das ist dann im Entwicklungsbereich der Vereinten Nationen Anfang der 90er Jahre zum Ersten Mal aufgetaucht und hat sich eigentlich seitdem weiterentwickelt und schlägt sich heute in den nachhaltigen Entwicklungszielen wieder, was zivile Krisenprävention betrifft. Dahinter versteckt sich fast in ähnlicher Weise die Idee, dass keine der wirklich Menschen umfassenden Krisen mit militärischen Mitteln gelöst werden kann und es immer besser ist zu versuchen, sie zu bearbeiten, bevor es zu einer Eskalation in Gewalt kommt.“

Amelie Berboth: „Inwiefern ist denn der Begriff „Human Security“ aktuell von Bedeutung?“

Hans-Joachim Gießmann: „Ich denke, er ist von großer Bedeutung, auch weil wir offensichtlich in einer Zeit leben, in der die Rückbesinnung auf die alten, überkommenen, traditionellen Sicherheitskonzepte wieder stärker zum Tragen zu kommen scheint. Aber wir sehen natürlich die Folgen auch dieser Fokussierung auf Krieg und Gewalt, die eben dazu führen, dass viele Menschen weltweit drohen, auch in Armut und Gewaltrisiken zurückzufallen und damit eigentlich Ressourcen und Aufmerksamkeit entzogen wird für die Lösung der zivilisatorischen Weltprobleme, um die es eigentlich gehen sollte.“

Amelie Berboth: „Der Ruf nach „hard power“, also nach dem Einsatz von Militär und Wirtschaftssanktionen, wird auch in Deutschland lauter – nicht zuletzt durch die vehementen Forderungen nach Waffenlieferungen in die Ukraine oder des in diesem Jahr verabschiedeten Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Vor diesem Hintergrund wollte ich von Hans-Joachim Gießmann wissen, ob sich hier aktuell eine Schwerpunktverlagerung der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik abspielt.“

Hans-Joachim Gießmann: „Na ja. Sicherheitspolitik scheint Friedenspolitik zu überlagern. Das ist schon so und es geht offensichtlich auch in der Wahrnehmung vieler um Kriegsbeteiligung oder Krieg. Krisenmanagement anstelle von langfristiger

Friedensförderung. Und was wir hier sehen und da ist auch der Brückenschlag zur Kultur. Da ist die Wirkung von Bildern, die aus den Kriegsgebieten kommen, von Narrativen, die verbreitet werden über die sozialen Medien. Das ist eine Herausforderung, die es so vor 30, 40 Jahren natürlich nicht gegeben hat. Und sie verstärkt den Wunsch nach klaren und einfachen Lösungen für komplexe Probleme, die kaum zu überschauen sind. Das Interessante dabei ist, dass wenn man mit Vertretern des Militärs darüber spricht, die sehen das oft viel kritischer. Sie sehen also, die Anwendung von Gewalt keineswegs als die Lösung. Die Lösung liegt tatsächlich in der Transformation dieser Konflikte weg von der Konfrontation hin zu kooperativen Formen von Lösungen. Und ich glaube, da geht es sehr stark natürlich auch um die Kultur der Beziehungen.“

Amelie Berboth: „Wo liegt denn Deutschlands Schwerpunkt in der Friedens- und Sicherheitspolitik, speziell mit Blick auf den ganzheitlichen Ansatz der menschlichen Sicherheit, also „Human Security“, und ziviler Krisenprävention?“

Hans-Joachim Gießmann: „Deutschland ist traditionell eigentlich stark, wenn es um das Zivile geht. Das ist also eine eher indirekte Intervention, also keine sehr starke, mit militärischen Mitteln unersetzte Intervention. Das bedeutet, dass die traditionell auch in der Bereitstellung von Ressourcen, aber auch in technischen Hilfen zur Entwicklung, beispielsweise über die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, der Unterstützung von Rechtsstaatsentwicklung, also Beratungsleistungen in Ländern, die sich in den Transformationen von der Autokratie hin zu partizipativen Systemen befinden, auch in der Frauenförderung. Das heißt in Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen. All da ist Deutschland ein begehrter Partner. Es ist noch zu schwach, wenn es um die Instrumente der Diplomatie und des unmittelbaren Staatsaufbaus geht. Da sind die Forderungen an die Adresse Deutschlands, also auch in meditativer oder verhandlungs- unterstützende Rolle stärker in Erscheinung zu treten und nicht den traditionellen geopolitischen Mächten das Feld zu überlassen stark. Und da hängt auch die deutsche Politik noch hinter den Erwartungen vieler zurück.“

In Deutschland ist es so, dass die bisherigen wesentlichen Sicherheitskonzepte durch das Verteidigungsministerium erarbeitet wurden. Das muss sich ändern. Die zivilen Konzepte, die von der Bundesregierung vorgelegt wurden waren, waren im Wesentlichen immer sehr viel kürzer. Und die die eigentlichen Vorgaben sind dann durch die Ministerien, die beteiligten Fachministerien getroffen worden. Also hier den ganzheitlichen Ansatz, den vernetzten Ansatz, wie es hierzulande heißt, wirklich auch zu operationalisieren, das heißt wirklich, also durch interministerielle Kooperation zu stärken. Da hängt die Wirklichkeit weit hinter dem Anspruch zurück, und das muss sich auf jeden Fall ändern. International gesehen, denke ich, dass Deutschland vor allem dort stärker Gewicht haben sollte, wo wir nicht durch eine koloniale Vergangenheit belastet sind, wie das bei vielen unserer Partnerländer auch der Fall gewesen ist, oder durch die Beteiligung an Kriegen in der Vergangenheit. Da ist die Erwartungshaltung an Deutschland besonders groß, sich direkt und aktiv zu beteiligen. Äthiopien ist beispielsweise eines der Länder, in denen mehr deutsche Verantwortung auch von den Akteuren vor Ort gewünscht ist.“

Amelie Berboth: „Wir haben jetzt bereits über die Debatte gesprochen, die besteht zwischen diesem Mehrwert von menschlicher Sicherheit, „Human Security“, gegenüber dem gesteigerten Bedarf an Hard Power. Wen gilt es denn in dieser Debatte zu überzeugen von „Human Security“? Und wie kann man das vielleicht auch mit Beispielen oder Zahlen belegen, dass das eine nachhaltigere oder wirksamere Krisenintervention ist?

Hans-Joachim Gießmann: „Ja mit Zahlen hat es da so seine Schwierigkeit. Weil menschliche Sicherheit kann man natürlich fördern, wie man sagt, bestimmte Entwicklungsprogramme könnten ausgebaut werden. Und so weiter. Aber das sagt uns bisher eigentlich nicht so sehr viel über die tatsächliche Wirkung. Und das Problem besteht darin, dass die Wirkmechanismen aufgrund der Komplexität und des systemischen Charakters, der Konflikte und Krisen, die wir vorhin genannt haben, nur sehr, sehr schwach oder nicht angemessen sind. Das ist eine Entwicklung, die jetzt, erfolgt, weil einfach klar ist, dass nicht so viele Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder auch nur verschleudert

werden können, ohne dass man sich darüber Gedanken macht, was man eigentlich erreichen will. Und da sind natürlich durch die nachhaltigen Entwicklungsziele konkrete Vorgaben gemacht. Und Deutschland muss sich tatsächlich auch entscheiden, wo es in diesen Bereichen investieren will. Der entscheidende Punkt dabei ist aber der, die die Gewalt auslösenden oder Gewalt ursächlichen Faktoren zu beseitigen. Umso größer ist auch die Chance, dass eine nachhaltige Krisen-Deeskalation erforderlich wäre. Aber es ist traditionell in Demokratien immer schwer, Mittel für Prävention zu generieren. Dafür fällt es dann vergleichsweise leicht, Milliardensummen bereitzustellen und wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Sie wissen, dass die Beilegung von kriegerischen Konflikten zum Beispiel durch Verhandlungsunterstützung oft nicht nachhaltig ist, weil es an der zivilen Unterstützung fehlt. Und umgekehrt gilt auch, dass zivile Unterstützung ohne einen verfügbaren Sicherheitsrahmen in der Regel auch nicht nachhaltig ist, sondern in die Gefahr läuft, entweder in Korruptionsverhältnisse hineinzuspielen oder tatsächlich auch letztlich den wieder Gewalt auslösenden Momente erzeugt. Also beides gehört zusammen und ich würde beides nicht gegeneinander ausspielen.“

Amelie Berboth: „Im aktuellen Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht sich der zivile Bereich und damit die Entwicklungszusammenarbeit mit starken Kürzungen konfrontiert. Gleichzeitig wurde dieses Jahr kurzfristig sehr viel Geld in die Verteidigung investiert. Ich habe meinen Interviewpartner gefragt, woran es explizit liegt, dass es schwieriger ist, Geld für Präventionsmaßnahmen zu generieren als für Maßnahmen, wenn der Konflikt bereits besteht?“

Hans-Joachim Gießmann: „Na ja, vielleicht liegt es auch daran, dass in Demokratien und vor allem auch in parlamentarischen Mechanismen es so eine gewisse Steuerung gibt durch die Wahrnehmung von Krisen und eigener Verantwortung. Also meine Erfahrung lehrt mich das, dass es schwieriger ist, solche Entscheidungen zu treffen, wenn die Überzeugung vorherrscht, na ja, so schlimm wird's schon nicht werden, oder andere könnten eigentlich

auch was machen. Oder die Europäische Union sollte vielleicht was machen, bevor wir uns hier in die Bütt werfen. In dem Augenblick, wo dann die Krise da ist, kann man sich davor nicht mehr verstecken, sondern da muss man Entscheidungen fällen. Und dann werden halt größere Summen zur Verfügung gestellt oder ein paar nachhaltigere oder weitergehende Entscheidungen getroffen, ohne dass aber klar ist, ob diese Entscheidung tatsächlich dann auch zu einem tragbaren Ergebnis führt.“

Amelie Berboth: „Sie sind auch hauptverantwortliches Mitglied des Berlin Peace Dialogue. Im vergangenen Jahr fragte dieser gezielt danach, wie uns das Scheitern voranbringen kann. Die diesjährige Konferenz befasst sich mit der Frage nach den neuen Herausforderungen der zivilen Krisenprävention. Was sind denn solche neuen Herausforderungen?“

Hans-Joachim Gießmann: „Also ich bin Mitglied des Beirates der Bundesregierung für zivile Krisenprävention und habe auch eine gewisse Verantwortung für den diesjährigen Dialog. Aber das ist schon eine gemeinsame. Die Veranstaltung des Beirates in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung. Was sind die neuen Herausforderungen? Erstens: Wir haben Krieg in Europa. Zweitens: Wir haben einen sehr starken Hang zu Geopolitik. Wir sehen ja gerade am Beispiel der Shanghai Cooperation, dass Versuche unternommen werden, eine Alternative, ein alternatives Weltordnungssystem zu den Vereinten Nationen oder zu den westlichen geprägten Systemen zu schaffen. Also es droht eigentlich eine neue Spaltung der Welt in zwei konkurrierende Systeme. Es gibt bittere Lehren darüber, dass strategische Vorausschau nicht funktioniert hat in der Vergangenheit. Der letzte war sicherlich der chaotische Abzug der Mission aus Afghanistan, der schon Tage zuvor nicht in seinen Konsequenzen vorausgesehen wurde. Die Analyse, Fähigkeiten und systemische Konflikte müssen deutlich verbessert werden. Und ich denke auch, dass die Vernetzung und auch kollektive Verantwortung der mit der Krisenprävention befassten Institutionen und Organisationen deutlich verstärkt werden muss. Und dafür bedarf es nicht nur institutioneller Entscheidungen, sondern vor allem auch einer

Fähigkeitsaufwuchs in den Bereichen, in denen tatsächlich langfristige Interventionen erforderlich sind.“

Amelie Berboth: „Krisen bewältigen sich nicht von allein. Es braucht zielgerichtete und vor allem auch nachhaltige Strategien und präventive Maßnahmen. Ich wollte noch von Hans Joachim Gießmann wissen, welche Rolle internationale Kulturbeziehungen im Feld der zivilen Krisenprävention spielen und ob Kultur da überhaupt mitgedacht wird?“

Hans-Joachim Gießmann: „Also für mich ist Frieden so zu halten schon selbst eine kulturelle Leistung. Was ich aber bedauerlich finde ist, dass wir sehr viel mehr wissen über Kriegsursachen als über Friedensursachen. Also warum Menschen Frieden halten und das Denken darüber muss glaube ich, bei uns selbst beginnen, bevor solche internationalen Kulturbeziehungen auch entwickelt werden. Kultur und ihre Bedeutung. Und ich rede jetzt vor allem auch über die Art, wie Beziehungen gestaltet werden würden. Noch nicht und auch nicht überall ausreichend in Rechnung gestellt. Zum Beispiel in der Berücksichtigung der Eigenverantwortung der Akteure, mit denen wir Beziehungen unterhalten. Also dass das berühmte Wort des Ownership das ist, das ist etwas anderes, als die eigenen kulturellen Vorstellungen in die Welt hinauszutragen, sondern es geht meines Erachtens darum, Kultur und auch übrigens Kunst als Lernfeld zu verstehen. Wenn man das einmal begriffen hat, dann kann man auch zu maßgeschneiderten Programmen kommen, die durch Kooperation und Interaktion helfen diesen Friedensgedanken in die Beziehung hineinzutragen. Wenn man das einmal verstanden hat, dann kann man auch alternative Formen auch des Umgangs miteinander spielerisch erproben, zum Beispiel durch Theater, gemeinsame Theateraufführung. Wir kennen das aus Problembezirken, wenn in Berlin oder in anderen Großstädten oder auch die Pädagogik, in der also schon sozusagen nachrückende Generationen auch lernen, schwierige Probleme gewaltfrei zu bewältigen. Es geht in der Summe eigentlich, so wie ich die Bedeutung von Kultur verstehe, um die Veränderung von Einstellungen, von Verhaltensweisen und von Beziehungen der Menschen zueinander.“

Amelie Berboth: „Wo liegt dann das Potenzial des Kultursektor, wenn es um zivile Konfliktbearbeitung geht?“

Hans-Joachim Gießmann: „Menschlichkeit basiert auf Kultur und auf Kulturbeziehungen. Die können sie fördern. Dafür sind spezifische Ansätze und Methoden und Mittel möglich. All das, was die Kooperation und gemeinsames Lernen in den Vordergrund stellt, ist geeignet, präventionswirksam zu sein. Und das ist eine andere Form des Umgangs miteinander. Das heißt also nicht, auf Rechthaberei oder auf Dominanz gegenüber den Partnern zu setzen, sondern Toleranz und Respekt zu zeigen in den Bereichen, in denen nicht universelle Werte auf dem Spiel stehen. Ich glaube, das ist etwas, was der im politischen Raum oft nicht ausreichend bedacht wird, wo es stärker um Ratio und um kurzfristig zu erzielenden Ergebnisse geht.“

Amelie Berboth: „Und welche Akteure sind hier von besonderer Relevanz?“

Hans-Joachim Gießmann: „Schwierig zu beantworten, weil ich finde, dass Kultur keine Krankheit, keine Lebensart ist, die nur eine bestimmte Gruppe oder bestimmte Altersgruppen betrifft, sondern sie ist eine allgemein menschliche Qualität. Und insofern sehe ich hier nicht die Möglichkeit, Verantwortung von einer Seite auf eine andere Weise Seite zuzuweisen, sondern da muss man sich erst mal an die eigene Nase fassen und überlegen: Was kann man eigentlich selber tun?“

Amelie Berboth: „Welche Herausforderungen sehen Sie für die Zukunft internationaler Kulturbeziehungen? Die aktuelle Haushaltsdebatte lässt erkennen, dass Kultur und Organisationen in Deutschland, zu denen auch das Institut für Auslandsbeziehungen, das ifa gehört, im kommenden Jahr mit Kürzungen rechnen müssen.“

Hans-Joachim Gießmann: „Ich finde das sehr fatal. Aber wir erleben eben schon seit Jahren, dass das sogenannte Weiche, also nicht Hartes und sofort Ergebnis bringendes, als

Erstes gestrichen wird. Das betrifft ja nicht nur Austauschprogramme und Stipendien, das betrifft zum Beispiel auch Sprachausbildung, Programme an Universitäten für die sogenannten kleinen Sprachen, also für die Sprachen, die weniger Ertrag zu erbringen scheinen, weil es da weniger Interessen gibt, das zu fördern. Das ist meines Erachtens kurzfristig vielleicht sogar nachvollziehbar, aber langfristig ein strategischer Fehler. Zumal wir es mit einer zunehmenden Bedeutung im Kampf von entgegengesetzten Weltordnung mit diametral anderen Werten und Logiken zu tun bekommen. Und ich denke das nicht im Sinne von Huntington, das Gewalt-förmigen Kampfes der Kulturen gegeneinander, aber doch im Sinne der des Beweises, dass Kultur einen nachhaltigen Beitrag zum Frieden leisten kann, sind also Investitionen in diese Programme unbedingt erforderlich. Also insofern das meines Erachtens trifft das auch für das ifa zu, das ist ein Teil auch der außenpolitischen Wirksamkeit der Bundesrepublik Deutschland. Da zu streichen, das halte ich für einen Fehler.“

Amelie Berboth: „Und sehen Sie da auch tatsächlich eine reale Bedrohung von so einem Shift dann in der deutschen auswärtigen Friedens- und Sicherheitspolitik durch solche Kürzungen?“

Hans-Joachim Gießmann: „Ich glaube nicht, dass das jetzt strategisch gewollt ist, aber es ist eine nicht intendierte Konsequenz von Entscheidungen, die durch ausbeuterische Überlegungen getroffen werden. Und meines Erachtens sollte das vor allem im Parlament auch die Abgeordneten dazu bringen, hier anders zu handeln und nicht kurzfristigen Erwägungen zu folgen.“

Amelie Berboth: „An internationalen Kulturbeziehungen sollte also nicht gespart werden. Denn sie sind wichtig für eine erfolgreiche Kriegs- und Krisenprävention. Allerdings besteht auch die Möglichkeit, dass Kultur und Kulturbeziehungen missbraucht werden in Bezug auf innerstaatliche Konflikte. Denn manchmal sind Interventionen unerwünscht. Ich habe Hans-Joachim Gießmann gefragt, wann Hilfe von außen willkommen ist und wann nicht.“

Hans-Joachim Gießmann: „Die Grenze ist nicht ganz leicht zu bestimmen, weil sie in der Wahrnehmung derer, die sich in ihrer Würde verletzt sehen, möglicherweise anders ist als von denjenigen, die bestimmte Handlungen vollziehen. Also für mich besteht die Grenze vor allem darin oder da, wo legitime Werte anderer Menschen verletzt werden, also Werte, die nicht im Gegensatz zu den universellen Menschenrechten oder zur Würde des Menschen stehen, aber anderen eben extrem wichtig sind. Also ich hatte, muss ich sagen, eine sehr kritische Sicht auf die Cartoons beispielsweise, bei denen also auch religiöse Werte in der Wahrnehmung der Menschen verletzt wurden. Oder auch, wenn es um Fragen der Tradition oder des Respekts für Traditionen geht in Bezug auf alternative Rechtsprechungen, der die Rechtsstaatlichkeit eins zu eins entgegengesetzt wird, ohne zu berücksichtigen, dass das zum Teil ja historisch gewachsene Formen der Gerechtigkeit und der Rechtsetzung gewesen sind. Also kurzum die Grenze ist eigentlich da, wo es um Toleranz für legitime Identitätswahrnehmung und Respekt geht, da ist für mich die Grenze zwischen dem, was kulturell oder in Kulturbeziehungen geleistet werden kann oder möglicherweise auch verletzt wird.“

Amelie Berboth: „Können Sie das vielleicht nochmals konkretisieren? Sie hatten gerade das Beispiel Rechtsprechung genannt.“

Hans-Joachim Gießmann: „Na ja, es gibt in einer Vielzahl von Staaten ein Nebeneinander von traditionellen Formen der Rechtsprechung, also zum Beispiel durch Ältestenräte oder auch durch andere Formen des Ausgleichs von strafbaren Handlungen, die also in der Wahrnehmung von außen, aus der rechtsstaatlichen Perspektive, als rückständig oder als nicht konform mit einem demokratischen Rechtsstaat erachtet werden. Und wenn man diese traditionellen Rechtssysteme abschaffen will oder missachtet, in ihrer Bedeutung für lokale Gemeinschaften und ihnen ein anderes Rechtssystem aufoktroziert, dann wird man diese Menschen wahrscheinlich verlieren als Unterstützer für ein partizipatives Staatswesen. Und es gibt Beispiele, wo diese Systeme gut nebeneinander existieren. Aber es gibt eben auch Beispiele, wo das missachtet worden ist und wo das staatlich entwickelte Rechtswesen

eben nicht so demokratisch kontrolliert worden ist, wie es eigentlich hätte sein müssen. Mit dem Ergebnis, um es ganz konkret zu machen, dass in Afghanistan beispielsweise eben Menschen noch vor dem Ende des Einsatzes aus dem von der Regierung kontrollierten Gebieten in Taliban Gebiete gegangen sind, um dort Recht zu erfahren, weil die Rechtsprechung in den von den von der Regierung kontrollierten Gebieten als korrupt und ineffektiv wahrgenommen wurde.“

Amelie Berboth: „Wie kann denn verhindert werden, dass internationale Kulturbeziehungen als unerwünschte Einmischung, vor allem des Westens, wahrgenommen werden? Und viel wichtiger es dann de facto auch nicht sind. Was muss da beachtet werden?“

Hans-Joachim Gießmann: „Also ich denke, dass eine gewisse Form der Bescheidenheit und auch des Realismus die Voraussetzung dafür ist, Entscheidungen zu treffen, die dann auch nachhaltige Wirkung erzielen. Natürlich muss immer auch handlungsleitend sein, dass deutsche Kulturpolitik sich an den in Deutschland akzeptierten und auch verankerten Werten bemisst, weil die Unterstützung für diese Leistungen im Ausland natürlich auch der innenpolitischen Akzeptanz und Unterstützung bedürfen. Das würde ich überhaupt gar nicht infrage stellen damit. Aber es darf nicht darum gehen, die eigenen Ideen und Werte aufzuoktroieren oder in Rechnung zu stellen, wie der Kontext tatsächlich in dem jeweiligen Zielland ist. Es gibt die Neigung, gerade auch in den Kulturbeziehungen, sich auf die jungen urbanen Eliten zu konzentrieren und die Bevölkerung als Ganzes, insbesondere auch an der Fläche des Landes, in denen also traditionelle Werte oft eine sehr starke Verwurzelung haben, nicht zu berücksichtigen. Und das führt dann in der Konsequenz eigentlich nicht zu einem kulturellen Wandel in dieser Zivilgesellschaft, sondern zu einer Zunahme von Konflikten, vielleicht auch zu einer Entfremdung bis hin auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Ich glaube, da hat Kulturpolitik eine riesige Verantwortung, den Anspruch, Einstellungen, Verhaltensweise und Beziehungen zu verändern, nicht in die Richtung einer Eskalation von Gewalt münden zu lassen.“

Amelie Berboth: „Und gibt es da auch noch alternative Möglichkeiten, die in der Debatte um zivile Krisenprävention aktuell diskutiert werden? Und wenn ja, welche?“

Hans-Joachim Gießmann: „Also im Augenblick dominiert natürlich erstmal die Bestandsüberprüfung des Vorhandenen. Das Versagen in vielen Bereichen ist aber ja offenkundig. Und um eine Bestandssicherung des Bewährten, also dass eben nicht dieser Wechsel von ziviler Krisenprävention hin zu einer stärker auch sicherheitspolitischen Orientierung erfolgt. Die Vernetzung habe ich schon angesprochen. Ich denke aber, dass Versuche, der Kapazitäten, Förderung von Akteuren innerhalb von Konflikten durch zum Beispiel Mediation oder eben auch durch Beiträge zur Stärkung der humanitären Sicherheit, also die Vermengung von traditionellen und neuen Herausforderungen in Bezug auf religiöse Differenzen. All das sind Möglichkeiten, die tatsächlich auch zivile Krisenprävention neu beleben können. Ich bin eigentlich ganz froh, dass in der deutschen Außenpolitik die zivile Krisenprävention in den letzten Jahren deutlich an Unterstützung gewonnen hat und die Gräben, die früher herrschten, zwischenstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren deutlich kleiner geworden sind. Aber das gilt es beständig zu pflegen und weiterzuentwickeln und dabei eben auch anzuerkennen, dass die Synergien zwischen unterschiedlichen Methoden und Potenzialen, die die verschiedenen Akteure besitzen, dazu beitragen können, tatsächlich auch die Wirksamkeit von Krisenprävention zu erhöhen.“

Amelie Berboth: „Um die Sicherheit von Menschen zu gewährleisten, gibt es viele Wege. Doch nicht alle sind auch immer effektiv, nachhaltig oder erwünscht. Gerade in den aktuellen Krisen ist Fingerspitzengefühl gefragt und leider wird oft erst dann reagiert, wenn es bereits zu spät ist. Dabei sollte viel mehr in die Erforschung von Friedensursachen und präventive Maßnahmen investiert werden. Gerade auch Kultur ist wichtig, wenn es darum geht unsere Welt friedlicher zu machen.

Mehr Input zum Thema findet ihr in den Beiträgen der diesjährigen Konferenz der International Cultural Relations Research Alliance. Hier diskutierte Hans-Joachim

Gießmann mit anderen Expert:innen über die Rolle internationaler Kulturbeziehungen und der Nachhaltigkeitsziele der UN Agenda 2030. Den Link zur Veranstaltung sowie den Link zum Berlin Peace Dialogue findet ihr in den Shownotes.

Damit sind wir am Ende dieser Folge angekommen. Danke fürs Zuhören! Für Feedback aller Art schreibt gern an podcast@ifa.de. Mein Name ist Amelie Berboth, macht's gut!“

Closer